Kohleausstieg kostet Arbeitsplätze

Schall und Rauch

Die Kohleausstiegs-Kommission empfiehlt die baldige Abschaltung der Braunkohlekraftwerke. Neue Arbeitsplätze für die in den Kraftwerken und Tagebauen Beschäftigten sollen mit staatlichen Zuschüssen entstehen.

Kein Thema ist offensichtlich der Ersatz für den Kraftwerksstrom, wenn mehr als 20 Prozent der planbaren Stromerzeugung wegfallen. Neue Arbeitsplätze brauchen viel Strom zu günstigen Preisen, der jederzeit in gewünschter Menge geliefert wird. Sonst sind sie nicht wettbewerbsfähig. Vom Wetter abhängiger stark schwankender Ökostrom ist ungeeignet.

Vor der Diskussion über Arbeitsplätze muss geklärt werden, wie Braunkohlestrom ersetzt und zusätzlicher Strom für neue Arbeitsplätze bereitgestellt werden soll. Neue Arbeitsplätze entstehen unter zwei Voraussetzungen:

1. Es muss günstige Energie sicher und langfristig zur Verfügung stehen.
Energie vergrößert die schwache menschliche Leistung von 0,1 Kilowatt (kW) um ein Vielfaches. Energie ist der Schlüssel zu höherer Produktivität. Arbeitsplätze in der Industrie haben heute oft einen Leistungsbedarf von mehr als 10 kW. Das bedeutet, dass der Angestellte mehr als hundert "Mitarbeiter" dirigiert. Mehr Energie vergrößert die Produktivität und ermöglicht Lohnerhöhungen ohne Preissteigerungen. Die Energiekosten werden damit für Arbeitsplätze immer entscheidender.

Die wichtigste Energieform für Arbeitsplätze ist elektrischer Strom. Er kann durch dünne Leitungen einfach an die Verwendungsstelle geleitet werden und dort je nach Wunsch in mechanische Energie (Arbeit), Wärme, Licht, elektromagnetische Wellen und Strahlung umgewandelt werden. Strom treibt Maschinen an, programmiert Roboter, kontrolliert die Maße von gefertigten Produkten, ermöglicht schnelle und genaue Analysen im Fertigungsprozess und vieles mehr.

Fällt der Strom aus, dann steht die Produktion still. Um einen Stromausfall durch plötzliche Leistungsminderungen von Ökostromanlagen zu vermeiden, werden immer häufiger stromintensive Industrieanlagen abgeschaltet. Die Aluminiumindustrie beklagt allein in 2018 78 Abschaltungen, wie die FAZ berichtet.

Ein Stopp während der Fertigung kann großen Schaden anrichten. Steuercomputer der Produktionsanlage können abstürzen. Dann ist eine aufwendige und zeitraubende Wiederinbetriebnahme fällig.

Noch schlimmer ist es in Schmelzbetrieben der Metall- und Glasindustrie. Bei längerem Stromausfall erstarrt die Schmelze. Dann kann die gesamte Schmelzanlage unbrauchbar werden. Die Anbieter abschaltbarer Lasten erhalten zwar einen Ausgleich für die Produktionsverluste, doch häufig sind Verluste höher als die Ausgleichzahlungen. Preiswerter Strom, der jederzeit sicher zur Verfügung steht, ist also für produktive Arbeitsplätze die entscheidende Voraussetzung.

Die Kohleausstiegs-Kommission will die Erzeugung von günstigem und planbarem Strom aus Braunkohle durch wetterabhängigen und teuren Zufallsstrom aus Wind, Sonne und Biomasse ersetzen. Ist das wirtschaftlich und technisch überhaupt möglich? Für eine qualifizierte Bewertung hilft eine Übersicht über die derzeitige Stromversorgung. Die Werte sind gerundet.

Leistung und Leistungsbedarf in Deutschland 2018
Ein Großkraftwerk hat 1.000 MW

Installierte Leistung MW	Verfügbare Leistung MW
Konventionelle Kraftwerke:	
Kern-, Kohle- und Wasserkraftwerke	100.000 | 90.000
Regenerative Energien 100.000	| 0 - 60.000
30.000 Windgeneratoren	
1,5 Millionen Solaranlagen	
Mittlere Jahresleistung	| 15.000
Leistungsbedarf abhängig von Tages- und Jahreszeit	40.000 - 85.000

Erzeugungskosten der konventionellen Kraftwerke

	Cent /kWh
Kernkraftwerke	3,0
Braunkohlekraftwerke	3,0
Steinkohlekraftwerke	5,0
Gaskraftwerke	6,0

Vergütungskosten für Ökostrom

	Cent / kWh
Windstrom, Land	9
Windstrom, See	19
Solarstrom	14
Biogasstrom	19

Die Zahlen zeigen klar, dass es ein unsinniger Ansatz ist, die preiswerte und sichere Stromerzeugung aus heimischer Braunkohle abzuschalten und dafür drei- bis fünfmal teureren Öko-Zufallsstrom in das Netz einzuspeisen. Die schon heute neben Dänemark höchsten Strompreise in Deutschland werden dadurch nochmals um 50 Prozent bis zum Jahr 2030 steigen. Es gibt zu diesen Kosten keine international konkurrenzfähigen Arbeitsplätze.

Auch eine sichere Stromversorgung ist mit dem vom Wetter abhängigen und nicht planbaren Öko-Zufallsstrom nicht möglich. Man sollte ihn immer als Fakepower bezeichnen. Es gelingt nicht, seine Schwankungen mit Stromspeichern auszugleichen. Entsprechend große wirtschaftliche Speicher sind noch nicht einmal ansatzweise vorstellbar.

Ein nur mit Ökostrom gespeistes Netz kann die geforderte Frequenz von 50 Hertz (Schwingungen pro Sekunde) nicht halten. Es bricht zusammen (Blackout). Für ein stabiles Netz werden mindestens 45 Prozent Leistung aus den großen konventionellen Kraftwerken gebraucht, die die Netzfrequenz vorgeben und durch automatische Regulierung der Dampfzufuhr auf die Turbinen halten. Mit den Vorschlägen der Kohleausstiegs-Kommission wird auch die sichere Stromversorgung aufgegeben, und damit werden Arbeitsplätze vernichtet.

Die Leistung von Wind- und Solaranlagen schwankt zwischen 0 und 60 Prozent der installierten Leistung. Dies bedeutet: Wenn die Ökostromanlagen keinen Strom liefern, muss der gesamte Strom aus Dampfkraftwerken kommen oder importiert werden. Wenn in einem ersten Schritt Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 10.000 MW stillgelegt werden, gibt es bereits keine gesicherte Stromversorgung mehr, selbst wenn Ökostromanlagen verzehnfacht werden. Nur Importe könnten dann helfen. Die werden aber in einer solchen Notlage sehr teuer.

2. Es muss Kaufkraft vorhanden sein
Die kostengünstigste Produktion und das beste Produkt sind nutzlos, wenn es keine Käufer gibt. Je höher die Kaufkraft ist, umso größer wird die Nachfrage. Mit höherer Kaufkraft entstehen also neue Arbeitsplätze und bisherige werden gesichert. Dieser einfache Zusammenhang scheint der Kohleausstiegs-Kommission unklar zu sein.

40 Milliarden Euro (500 Euro pro Einwohner) sollen für Infrastrukturmaßnahmen, Frühpensionierungen, neue Verwaltungen und Forschungseinrichtungen bereitgestellt werden. Ein Teil der Pensionslasten soll von den Stromerzeugern getragen werden, die ihre Werke aufgeben müssen. Woher das Geld kommen soll, wird nicht gesagt. Die Stromerzeuger verdienen kein Geld mehr. Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche greifen.

Die gesamten Kosten der Abschaltung der Kohlekraftwerke sollen durch staatliche Zuschüsse abgefedert werden. Doch der Staat hat kein Geld. Er muss es als Steuern von den Bürgern erheben. Dann sinken deren Kaufkraft und die Nachfrage nach Produkten nimmt ab. So entstehen keine neuen Arbeitsplätze, sondern es werden Arbeitsplätze abgebaut. Die Vorschläge der Kohleausstiegs-Kommission führen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Nachvollziehbar ist, wenn ideologisch geprägte Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) dem Kohleausstieg zustimmen oder ihn fordern. Sie brauchen sich um neue Arbeitsplätze nicht zu kümmern.

Schlimm aber ist die Reaktion von Gewerkschaftsvertretern. Sie stehen hinter dem Kohleausstieg und fordern lediglich eine soziale Abfederung für die Mitarbeiter der stillgelegten Kraftwerke. Offensichtlich ist den Gewerkschaftsführern nicht klar, dass durch die Kohleausstiegspolitik viel mehr Arbeitsplätze als nur in den Kraftwerken verloren gehen. Immer mehr Gewerkschaftsmitglieder erkennen klar die Situation und treten aus.

Auch die Ministerpräsidenten der vom Ausstieg betroffenen Länder werden einen umfassenden Abbau von Arbeitsplätzen erleben, den sie mit ihrer Zustimmung zum Kohleausstieg nur angestoßen haben. Es nutzt nichts, wenn die Infrastruktur verbessert wird, aber durch mangelhafte Stromversorgung gleichzeitig Arbeitsplätze verloren gehen. Die Verkehrswege werden genutzt, um in Polen einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dort ist und bleibt die Energieversorgung sicher und preiswert mit der heimischen Kohle als Basis.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

Wir brauchen keine Beschleunigung beim Ausbau der Stromnetze! - Steffen Kotré - AfD-Fraktion
31. Januar 2019 | AfD-Fraktion Bundestag
www.youtube.com/watch?v=XS7vV4_7kQQ

Ein Ausstieg aus der Kohle ist ökologisch völlig sinnlos! - Steffen Kotré - AfD-Fraktion
31. Januar 2019 | AfD-Fraktion Bundestag
www.youtube.com/watch?v=TjbJGYhw74g

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild